

Idee Nr. 7 Zufall

Achtung, fertig, Los!

Das Losverfahren gehörte einst zur Schweizer Demokratie. Zeit, es zu reaktivieren **VON NENAD STOJANOVIĆ UND ALEXANDER GEISLER**

gegen die Durchsetzungsinitiative organisierte?

Kleiner: Die Parteien waren müde vom Wahlkampf, hatten kein Geld. Niemand hatte diese Initiative richtig auf dem Radar. Also kamen Ulrich Gut, der ehemalige Chefredaktor der *Zürichsee-Zeitung*, und Carsten Schmidt, damals Fachsekretär bei der SP Schweiz, auf uns zu und fragten, ob wir nicht einspringen könnten.

Gisler: Wir hatten zwar einige kleinere Kampagnen gemacht, waren aber noch sehr unerfahren.

ZEIT: Plötzlich waren Sie, Frau Kleiner, die Vorzeigefrau im Kampf gegen die SVP.

Kleiner: Man nannte mich ihren schlimmsten Albtraum.

ZEIT: Wie fühlte sich das an?

Kleiner: (überlegt) Ermunternd.

ZEIT: Sie zögerten mit Ihrer Antwort.

Kleiner: Wir merkten: Jetzt können wir endlich sagen, was wir schon lange sagen wollen. Es gab aber halt auch sehr starken Neid. Den spüren wir bis heute.

ZEIT: Schließlich engagierte sich eine breite zivilgesellschaftliche Front gegen die DSI und gewann die Abstimmung. Wieso sagten Sie in diesem Moment nicht: Das war's, wir haben eine der gefährlichsten Initiativen, die es in der Schweiz je gab, gebodigt. Wir lösen uns wieder auf.

Gisler: Weil unser Kampf nicht fertig war. Wir argumentierten ja, bei der DSI gehe es um die Grundfesten unseres Landes: den Rechtsstaat und die liberalen Institutionen.

Kleiner: Wir hatten die SVP-Systematik im Kampf gegen die Institutionen durchschaut und wollten weiter dagegen kämpfen.

ZEIT: Die Operation Libero wurde in dieser Zeit von allen geliebt. Ausser von der SVP. Recht schnell aber wurde auch von bürgerlich-liberaler Seite Kritik an Ihnen laut. Sie seien der linksliberale Flügel der SP ...

Kleiner: ... jaja, und die *ZEIT* schrieb, wir seien Hurra-Europäer und würden Pop-up-Politik betreiben.

ZEIT: War es also Kalkül, als Sie sich kurz darauf gegen eine linke Initiative positionierten, welche die AHV stärken wollte?

Kleiner/Gisler: Äh, nein!

Gisler: Wir wollen weder Linken noch Rechten gefallen. Es geht uns um Werte, Überzeugungen und inhaltliche Knochenarbeit.

ZEIT: Wie gehen Sie mit Kritik um?

Gisler: Wir sind streiterprobt.

ZEIT: Und wenn Kritik von außen kommt?

Kleiner: Es kommt drauf an, wie differenziert die Kritik ist. Die sprungbereite Feindschaft, die wir zurzeit erleben, ist nervig. Mit unserer Wahlkampagne treffen wir anscheinend einen wunden Punkt bei einigen Rechten wie Linken: Wir kämpfen gegen die Polarisierung, von der diese Kräfte in der vergangenen Legislatur profitiert haben.

ZEIT: Sie unterstützen mit Ihrer Wandelwahl-Kampagne Kandidaten aus unterschiedlichen Parteien, die sich verpflichten, die Positionen von Operation Libero zu vertreten. Zum Beispiel: Das Rahmenabkommen mit der EU soll unterzeichnet werden, in der Klimapolitik soll Kostenwahrheit herrschen, und Migration soll grundsätzlich erlaubt und nur ausnahmsweise verboten sein.

Kleiner: Wir verpflichten niemanden, sondern empfehlen Kandidierende, welche dieselben Ziele anstreben. Wir wollen neue Mehrheiten im Parlament schaffen, um in entscheidenden Dossiers endlich weiterzukommen.

Gisler: In der Politik fokussiert man sehr schnell auf die Differenzen. Wir aber fragen uns: Was können wir gemeinsam erreichen? Auch wenn das kitschig klingt.

ZEIT: Ist diese Haltung nicht naiv? Ihre Forderungen nach einer liberaleren Migrationspolitik wird unter Bürgerlichen nie mehrheitsfähig, ebenso wenig wird das Rahmenabkommen die Gewerkschaften überzeugen.

Gisler: Wir sind angetreten, um neue Dinge auszuprobieren und alte Denkmuster aufzubrechen. Es gibt beim Rahmenabkommen innerhalb der Linken verschiedene Meinungen. Wir sagen auch, der Lohnschutz ist wichtig. Damit der gewährleistet bleibt, braucht es aber innenpolitische Lösungen.

Kleiner: Ich habe Mühe, dass gewisse Linke die reine Lehre vertreten und nicht erkennen, dass wir wichtige Partner für sie sein könnten.

ZEIT: An wen denken Sie?

Kleiner: Zum Beispiel an Cédric Wermuth. In der Migrations- und Menschenrechtspolitik haben wir viele Gemeinsamkeiten. Solche Exponenten müssten sich fragen, was besser ist: wenn CVP und FDP von rechts unter Druck gesetzt werden oder wenn liberale Kräfte wie wir diese Mitte-rechts-Parteien unter Druck setzen.

Gisler: Stattdessen beschimpft uns Wermuth als Neoliberaler.

ZEIT: Im Kampf gegen die SVP haben Sie auf die David-gegen-Goliath-Taktik gesetzt. Funktioniert das auch gegen links?

Kleiner: Auf beiden Seiten existiert strukturkonservatives Denken.

ZEIT: Mit dem Unterschied, dass die Linken in der Schweiz seit je eine Minderheit sind. Kein Wunder wehren die sich gegen alle Ideen, die von rechts kommen.

Kleiner: Nun müssen wir aber mal über die echten Kräfteverhältnisse sprechen. Hier die Operation Libero, ein kleiner Verein. Dort die SP, die zweitstärkste Partei im Land mit einem riesigen Apparat.

ZEIT: Okay, aber mit Ihren Forderungen positionieren Sie sich im selben Lager wie die stärksten bürgerlichen Akteure: FDP, Economiesuisse oder Arbeitgeberverband.

Kleiner: Rechtfertigt das den verbalen Zweikämpfer, der gegen uns ausgepackt wird?

ZEIT: Das ist doch keine Frage des Stils, sondern der innenpolitischen Machtlogik.

Gisler: Wir kämpfen mit offenem Visier, für die Inhalte, die uns wichtig sind. Wenn wir etwas anders sehen, sagen wir das. Beim Rahmenabkommen ist es nicht unsere Rolle, Gewerkschaften und Arbeitgeber an einen Verhandlungstisch bringen. Aber wir können sagen: Reißt euch zusammen!

Kleiner: Das dürfen wir auch sagen!

ZEIT: Das spricht Ihnen niemand ab.

Kleiner: Doch, Teile der SP. Ihnen wäre es wohl lieber, wenn wir uns stillhalten würden. Und auch die *WOZ* gibt uns das mit dreisten Angriffen zu verstehen.

ZEIT: Das war eine Kritik an Ihrer Kampagne. Der Vorwurf lautet, dass Sie Politiker kaufen, indem Sie jene in Ihre Kampagne aufnehmen, die sich zu Ihren Anliegen bekennen. Wieso regt Sie das so auf?

Kleiner: Weil es nicht stimmt. Wir kaufen keine Kandidaten. Statt inhaltlich mit uns zu streiten, bedient man sich plumper Anschuldigungen. Gleichzeitig heißt es immer, wir hätten keine Inhalte, sondern seien nur pink.

Sorry, wir reden mehr über Inhalte als alle anderen Akteure in diesem Wahlkampf.

ZEIT: Aber Politik ist doch nie rein inhaltlich-rational, sondern auch emotional.

Kleiner: Dieser Move ist so durchschaubar: Den *new kids on the block* müssen wir jetzt einfach mal die Fresse polieren.

ZEIT: Als Reaktion auf die Kritik haben Sie die Finanzierung Ihrer Kampagne offengelegt. Jetzt wollen Nationalrätin Aline Tredé und die Romands Delphine Klopfenstein Brogginini und Sophie Michaud Gigon nicht mehr auf Ihrer Website zur Wahl empfohlen werden.

Gisler: Das respektieren wir und hoffen weiterhin, dass sie gewählt werden.

ZEIT: Bisher sind 526.000 Franken an Spenden zusammengekommen. Der größte Anteil, 400.000 Franken, stammt allerdings von einem anonymen Einzelspender. Wer steckt dahinter?

Kleiner: Eine Privatperson aus der Schweiz, die mit uns sympathisiert. Wir weisen unsere Einnahmen und Ausgaben aus, zeigen die Spendenstruktur, deklarieren Spenden von Firmen und Verbänden namentlich, sobald diese mehr als ein Prozent der Bilanzsumme überschreiten. Beiträge von Privaten, die uns mehr als 10.000 Franken spenden, weisen wir separat mit dem exakten Betrag aus, ihren Namen nennen wir aber nicht.

ZEIT: Wieso nicht?

Gisler: Weil es unserem Verständnis von Transparenz und Privatsphäre entspricht. Wir glauben, dass aus liberaler Perspektive Privatpersonen politische Anliegen unterstützen können sollen, ohne dass dies gleich auch dem Vorgesetzten oder Zahnarzt bekannt ist.

ZEIT: Hat die zunehmende Kritik an Ihnen auch damit zu tun, dass heute viel klarer ist, wofür Sie stehen? Für eine urbane, gut ausgebildete, privilegierte Schicht.

Kleiner: Wir verstecken nicht, wer wir sind. Wir sind uns aber auch bewusst, dass unsere Startlinie im Leben weiter vorne liegt als jene von anderen. Mit unserer Chancenland-Vision möchten wir darauf zuarbeiten, dass in der Schweiz alle die besten Möglichkeiten haben, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Die Einstiegsfrage war, was wir in den vergangenen fünf Jahren gemacht hätten, wenn wir nicht die Operation Libero gegründet hätten. Ich selber hätte anderswo bestimmt mehr Geld verdient.

ZEIT: Was war der größte Fehler, den Sie in den vergangenen fünf Jahren machten?

Kleiner: Ich würde mir früher Hilfe beim Aufbau der Organisation holen. Aber in politisch-inhaltlichen Fragen hatten wir nie grundlegende Differenzen. Wir können alle noch immer hinter dem Manifest stehen.

ZEIT: Einige Libero-Aktivistinnen kandidieren diesen Herbst für den Nationalrat. Sie beide nicht. Wieso?

Gisler: Ich kann anderes besser.

Kleiner: Ich bin 28 Jahre alt. Mir läuft die Zeit für ein Parlamentsmandat nicht davon.

Das Gespräch führte **Matthias Daum**

Berichtigung

Vergangene Woche wurde Beatrice Isler im Artikel »Ist das nur eine Alibiübung?« (ZEIT Nr. 39/19) als SVP-Politikerin beschrieben. Das stimmt so nicht: Sie gehört im Basler Großen Rat der CVP-Fraktion an. **oz**

Die Wahl gilt als Herzstück jeder Demokratie, als ihr Alpha und Omega. Das ist richtig, aber auch falsch. Denn in den vergangenen Jahren haben Wissenschaftler und demokratische Aktivisten begonnen, das Los als Auswahlverfahren wiederzuentdecken. Wieder, weil es lange Zeit die demokratische Methode par excellence war, vom antiken Athen über die Republiken in Norditalien bis hin zur Schweiz: Während der Helvetischen Republik (1798–1803) so wie in mehreren Städten (wie Sitten) und Kantonen (wie Glarus bis 1836) war es üblich, Politiker per Los in ihr Amt zu hieven. Danach setzte sich die Idee durch, wonach die Legitimität der Herrscher die Zustimmung der Herrschenden braucht, also gewählt werden muss.

Doch so schön die Idee, so wenig wird sie in der gegenwärtigen Wahldemokratie, etwa in der Schweiz oder in Deutschland, nachgelebt. Ein typischer Wähler hat der Mehrheit der Parlamentsmitglieder nicht zugestimmt. Zwar hat jedes Mitglied des Stimmvolkes eine Stimme, aber tief liegende Ungleichheiten prägen die Wahlchancen der einzelnen Kandidaten. Wer zum Beispiel mehr Geld oder einen lokalen Familiennamen trägt, wird eher Mandatsträger als Personen mit bescheidenen Ressourcen oder einem -ic im Namen.

Da die Demokratie auf dem Grundsatz der Gleichheit basiert, sind solche Tendenzen höchst problematisch. Dies, aber auch die gegenwärtige »Krise der Demokratie« bringt das Losverfahren wieder ins Gespräch. Nicht als Ersatz, sondern als Zusatz zu Wahlen. In Belgien, Kanada, Australien, Irland, Deutschland, den USA und anderen Ländern wird mit sogenannten *mini-publics* experimentiert. Bürgerinnen und Bürger werden für ein Panel oder

Bürgerforum ausgelost. Je nach Land kommen so die Meinungen von 20 bis 1000 Personen zusammen. Die Schlussfolgerungen werden in der Regel den gewählten Behörden überreicht.

Neben diesen experimentellen Bürgerpanels gibt es erste institutionalisierte Los-Demokratien: im US-Staat Oregon und in Ostbelgien. In Ostbelgien wird jedes zweite Mitglied des 24-köpfigen Bürgerrats für eine Amtszeit von anderthalb Jahren gelost. Diese zufällig bestimmten Mitglieder können die Agenda des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft beeinflussen und Bürgerversammlungen einberufen. Doch während die gewählte Legislative konkret Macht ausüben kann, ist diejenige des ausgelosten Bürgerrats beschränkt: Das Parlament ist lediglich verpflichtet, die Vorschläge des Bürgerrates zu begutachten, hat am Ende aber das letzte Wort.

In Oregon diskutiert eine Gruppe von 20 per Los gezogenen Bürgerinnen und Bürgern über vier Tage eine Vorlage. Sie hören unabhängige Experten an sowie die »Ja«- und die »Nein«-Seite des entsprechenden Politgeschäfts. Am Ende verfassen sie einen Bürgerbrief, in dem sie kurz und in verständlicher Sprache die wichtigsten Argumente verfassen und an alle Stimmberechtigten verschicken.

Für die direkte Demokratie in der Schweiz ist das Oregon-Modell besonders vielversprechend. Dank Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) können wir dieses im Rahmen des Projektes »Demoscan« im Kanton Wallis testen. Im November kommen in Sitten während zweier Wochenenden 20 Teilnehmer zusammen, um über eine eidgenössische Vorlage zu debattieren. Das Losverfahren garantiert jedem Mitglied der politischen Gemeinschaft die

gleiche Chance, ausgelost zu werden. Die viertägige Auseinandersetzung mit dem Thema soll eine Art Schule der Demokratie sein, in der man sich mit den Argumenten der Gegner befasst und, wenn nötig, die eigene Position ändert. Die Schlussfolgerungen werden, wie in Oregon, in Form eines Bürgerbriefes an alle Stimmberechtigten von Sitten verschickt, zusätzlich zum Abstimmungsbüchlein für den Urnengang vom 9. Februar 2020.

Anfang August wurden 2000 Bürgerinnen und Bürger ausgelost und eingeladen, sich für eine Teilnahme zu bewerben. 205 von ihnen haben zugesagt, was im internationalen Vergleich viel ist. Interessanterweise liegt die Mitmachbereitschaft bei den Frauen mit 54 Prozent weit über ihrer Repräsentation in den lokalen und nationalen Parlamenten (zum Vergleich: Im Stadtparlament von Sitten sitzen 30 Prozent Frauen; die Walliser Delegation im Nationalrat hat einen Frauenanteil von 12, jener im Ständerat von 0 Prozent).

Vergangene Woche wurden im Saal des Walliser Großen Rates die 20 Mitglieder des »panel citoyen de Sion« per Los bestimmt. Von den 205 Freiwilligen sind 80 gekommen, ihr Enthusiasmus war spürbar. »Ich war nie aktiv in der Politik, aber nun habe ich mir gesagt, für einmal lohnt sich der Versuch«, sagte ein Teilnehmer gegenüber dem Radio Rhône FM.

Heute ist der typische Parlamentarier ein verheirateter Mann, Jurist, ohne Migrationshintergrund und über 50 Jahre alt. Das Losverfahren kann diese Schablone aufbrechen.

Nenad Stojanović ist SNF-Professor für Politikwissenschaften an der Uni Genf. **Alexander Geisler** doktortiert dort und begleitet das Projekt »Demoscan«

ANZEIGE

[Vorstellung – die Mutter aller Dinge]

Um den Wünschen und Vorstellungen ihrer Kunden gerecht zu werden, fertigt Reseda ihre Möbel erst auf Bestellung – in ihren eigenen Produktionen in Winterthur und Spreitenbach.

reseda.ch

re
se
da